



Moin!

die Tagesordnung in der letzten Sitzungswoche war prall gefüllt. Einige für uns wichtige Gesetze haben wir zum Abschluss gebracht. Nach über einem Jahr konnten wir endlich verschärfte Regelungen für Managergehälter durchsetzen. Ganz wichtig ist in der Frage, dass mit den Neuregelungen stärkere Anreize für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg gesetzt werden. Nach langer Zeit konnte endlich auch eine gesetzliche Regelung zur Patientenverfügung auf den Weg gebracht werden. Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte für den Gesetzentwurf, der von unserem rechtspolitischen Sprecher Joachim Stünker initiiert wurde.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

GARRELT DUIN, MdB

Der Wille des Patienten ist ausschlaggebend

Der Bundestag hat nach einer mehr als dreijährigen Debatte am 18. Juni 2009 über eine gesetzliche Regelung für Patientenverfügungen entschieden. In der Schlussabstimmung stimmten 317 Abgeordnete für den Entwurf des SPD-Bundestagsabgeordneten Joachim Stünker.

„Mit dem Entwurf von Joachim Stünker ist genau der richtige Gesetzentwurf zur Patientenverfügung beschlossen worden. Der Wille des Patienten ist nun ausschlaggebend. Bislang waren Ärzte nicht in jedem Fall verpflichtet, die Willensbekundung zu beachten“, begrüßt Garrelt Duin das Abstimmungsergebnis. Am 27. April 2009 hatte Stünker auf Einladung von Garrelt Duin, seinen Entwurf zur Patientenverfügung einem interessierten Publikum in Norden vorgestellt.

Die beschlossene Regelung zur Patientenverfügung besagt, dass der schriftlich festgelegte Wille eines Betroffenen über den Abbruch lebenserhaltender Maßnahmen unabhängig von Art und Stadium einer Erkrankung geachtet werden muss. Aufgabe des jeweiligen Betreuers ist es, in Abstimmung mit dem Arzt zu prüfen, ob die Festlegungen noch auf die konkrete Lebens- und Behandlungssituation zutreffen. Im Falle unterschiedlicher Meinungen entscheidet das Vormundschafts-



Nach dreijähriger Debatte hat der Deutsche Bundestag eine gesetzliche Regelung für Patientenverfügungen beschlossen.

gericht.

Abgelehnt wurde dagegen der Entwurf eines Gesetzes zur Verankerung der Patientenverfügung im Betreuungsrecht – der so genannte „Bosbach-Entwurf“. Dieser sah vor, dass ohne weitere Voraussetzungen schriftlich verfasste Patientenverfügungen über Art und Umfang der Behandlung nach Verlust der Einwilligungsfähigkeit grundsätzlich verbindlich wären, soweit keine lebenserhaltenden ärztlichen Maßnah-

men betroffen sind. Über den Abbruch von lebenserhaltenden ärztlichen Maßnahmen hätte der Patient nur im Fall einer unheilbar tödlich verlaufenden Krankheit, des endgültigen Bewusstseinsverlustes oder durch eine qualifizierte Patientenverfügung entscheiden können. Anordnungen über den Abbruch lebenserhaltender Behandlungen ohne Reichweitenbegrenzung wären nur in einer Patientenverfügung mit Beratung verbindlich, bei der

eine umfassende ärztliche Aufklärung vorausgegangen ist, die vom Arzt dokumentiert wurde und der Patientenverfügung beigefügt ist.

Ebenfalls abgelehnt wurde der sog. „Zöller-Entwurf“ zur Klarstellung der Verbindlichkeit von Patientenverfügungen. Patientenverfügungen wären hiernach unabhängig von Art und Verlauf der Erkrankung verbindlich gewesen, d. h. es gäbe keine Reichweitenbeschränkung.

Angemessenheit von Managergehältern

Die Anreize in der Vergütungsstruktur für Vorstandsmitglieder von Aktiengesellschaften sollen in Richtung einer nachhaltigen und auf Langfristigkeit ausgerichteten Unternehmensführung gelenkt werden. Dazu wurde am 18. Juni 2009 in 2./3. Lesung der Gesetzentwurf zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung beschlossen. Die große Beharrlichkeit, mit der sich die SPD öffentlich und innerhalb der Koalition für gesetzliche Regeln zu einer Begrenzung der Managergehälter eingesetzt hat, kommt damit zum Erfolg.

Nicht erst die Finanzkrise hat klar gemacht, dass es zu Fehlentwicklungen gekommen ist. Vorstandsgehälter, die sich immer weiter von den durchschnittlichen Löhnen entfernen,

gehören dazu. Die Regelung zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung setzt deshalb auf Anreize für die Unternehmensführung, sich an Nachhaltigkeit und Langfristigkeit auszurichten. Grundlage für die Neuerungen waren die SPD-Vorschläge vom Frühjahr 2008.

Das Verhältnis von Lohn und Leistung Vertragsfreiheit wird in einigen Chefetagen mit Maßlosigkeit verwechselt. Bei Ausbruch der Finanzkrise war das Gehalt eines Dax-Vorstandsvorsitzenden 45-mal höher als das Durchschnittsgehalt der Belegschaft. Für uns stellt sich die Frage, in was für einer Gesellschaft wir künftig leben wollen und wie das Produkt gemeinsamer Arbeit in unseren Unternehmen verteilt

werden soll.

Bonuszahlungen an den Vorstandschef, die mehr ausmachen als alle Boni für die Gesamtbelegschaft, Abfindungssummen an gescheiterte Manager, die jeweils gleich zig Arbeitnehmerfamilien ernähren könnten: Das stört nicht nur das Gerechtigkeitsempfinden, sondern fördert das Handeln nach Stichtagen.

Um das Streben nach nachhaltigen Erfolgen zu fördern, werden die Kriterien konkretisiert, nach denen die Aufsichtsräte die Angemessenheit der Bezüge beurteilen sollen: Das Entgelt muss das Verhältnis zu Aufgaben und Leistungen widerspiegeln, in vertretbarem Verhältnis zur Lage der

Gesellschaft und der üblichen Vergütung stehen sowie Anreize zur langfristig verantwortungsvollen Unternehmensentwicklung setzen. Künftig muss der Aufsichtsrat als ganzes Gremium über Vorstandsverträge entscheiden und nicht nur ein kleiner Präsidial- oder Personalausschuss.

Wir wollen, dass Schluss ist mit Kungelrunden. Das heißt auch: mehr Verantwortung für jedes einzelne Aufsichtsratsmitglied – zumal das Gesetz die individuelle Haftung für den Fall schärfer fasst, in dem der Aufsichtsrat eine unangemessene Vergütung durchwinkt. Er ist auch dazu angehalten, unter bestimmten Voraussetzungen, die Vergütung von Vorständen nachträglich herabzusetzen.

Ostfriesen besuchten Garrelt Duin in Berlin

Kürzlich besuchten rund 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Aurich/Emden auf Einladung von Garrelt Duin die Hauptstadt. Das Programm führte die Besuchergruppe bereits am ersten Tag in den Deutschen Bundestag. Dort wurde den Teilnehmern die Arbeit des Parlaments in einem Vortrag vorgestellt, bevor sie einen Blick über die Bundeshauptstadt werfen konnten vom Dach des Reichstagsgebäudes mit der imposanten Glaskuppel. Am ersten Abend in Berlin trafen sich die Ostfriesen mit Garrelt Duin im Hotel. In gemütlicher Atmosphäre kamen so persönliche Gespräche zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern und dem Abgeordneten zustande.

Das umfangreiche Programm führte die Ostfriesen in den folgenden Tagen in das Auswärtige Amt, wo ihnen in einem Informationsgespräch die wichtigen Aufgaben des Ministeriums erläutert wurden. Sie besuchten das Presse- und Informationsamt der Bundesregie-



Nach einem Vortrag auf der Besuchebene des Reichstags ging es für die Besucher aus Ostfriesland auf das Dach des Gebäudes.

rung sowie die Ausstellung „Wege, Irrwege, Umwege – Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“, die im Deutschen Dom

am Gendarmenmarkt zu sehen ist. Ein Abendessen während einer Schiffsfahrt auf der Spree rundete den zweiten Tag ab. Während einer Stadtrundfahrt,

die sich an politischen Gesichtspunkten orientierte, haben die Ostfriesen unterschiedlichste Eindrücke aus der Bundeshauptstadt gesammelt.

Neue Homepage jetzt online



Ab Freitag, 26. Juni 2009, ist die neue Internetpräsenz von Garrelt Duin online. Unter www.garreltduin.de finden Sie alle Informationen über seine politische Arbeit im Wahlkreis, in Niedersachsen und in Berlin.

Die solidarische Rente – verlässlich und gerecht

Vor wenigen Tagen fand in der Emdener Pumpstation eine Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema „Die solidarische Rente – verlässlich und gerecht“ statt.

Garrelt Duin und der rentenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Anton Schaaf aus Mülheim an der Ruhr diskutierten mit den zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern. In seiner Eröffnungsrede machte Garrelt Duin deutlich, dass die Gefahr einer Altersarmut bekämpft werden müsse. Zur aktuellen Diskussion über die Rente mit 67 sagte Duin: „Wir müssen die Revisionsklausel, die im Gesetz steht, ernst nehmen und 2010 überprüfen, ob die Rente mit 67 wie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit eingeführt werden kann.“ Duin und Schaaf sprachen sich dafür aus, die Rente 67 nicht 2012 zu starten, sondern aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage erst 2017 zu beginnen. Anton Schaaf ging in seiner Rede auf die grundsätzlichen Herausforderungen ein.

„Die Menschen werden immer älter, das ist auch gut so. Aber



Garrelt Duin und sein Fraktionskollege Anton Schaaf.

die jungen Arbeitnehmer, die in das Rentensystem einzahlen, werden immer weniger“, macht Schaaf auf die demografische Entwicklung und die sich daraus ergebenden besonderen Herausforderungen aufmerksam. „Wir müssen auf hier Antworten

finden“, so Schaaf. Bei der Finanzierung des Rentensystems gebe es nur drei Möglichkeiten. Die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die Erhöhung des Anteils aus Steuermitteln, oder die Erhöhung der

Lebensarbeitszeit. „Die Belastung der Arbeitnehmer ist nicht vertretbar, genauso wenig die Erhöhung des Steueranteils, da bereits heute 80 Mrd. Euro und somit rund ein Drittel aus Steuermitteln finanziert werden“, sagte Schaaf.

Bürger und Unternehmen werden entlastet

Das am 19. Juni 2009 in 2./3. Lesung beschlossene sog. Bürgerentlastungsgesetz sieht als Hauptpunkt die volle steuerliche Abziehbarkeit der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge für einen Basisversicherungsschutz vor. Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion wird auch die steuerliche Berücksichtigung anderer Versicherungsbeiträge verbessert. Die Bürgerinnen und Bürger werden dadurch um insgesamt 9,5 Milliarden Euro dauerhaft entlastet.

Entlastungen für Bürger

Der gemeinsame Höchstbetrag für sonstige Vorsorgeaufwendungen, bis zu dem die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung und zu den anderen Versicherungen steuerlich geltend gemacht werden können, wird von 1.500/2.400 Euro auf 1.900/2.800 Euro erhöht. Über diese Höchstbeträge hinaus

können aber mindestens die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge für einen Basisversicherungsschutz geltend gemacht werden. Steuerpflichtige, deren Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge unter 1.900 Euro/2.800 Euro liegen, können in Höhe der Differenz zu den Höchstbeträgen auch andere Versicherungsbeiträge, wie zum Beispiel Prämien für Haftpflicht- oder Unfallversicherungen, steuerlich abziehen.

Schulmittelbedarfspaket

Kinder, deren Eltern Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder einen Kinderzuschlag erhalten, werden jetzt bis zum Abitur mit einem Schulmittelbedarfspaket unterstützt. Sie bekommen jährlich zum 1. August 100 Euro für Schulmittel. Für viele Familien wäre es sonst kaum möglich, die hohen Aufwendungen zum Schuljahresbeginn zu tragen.

Das Paket gilt auch für die schulische Berufsausbildung. Die vorangegangene Begrenzung bis zum Abschluss der Jahrgangsstufe 10 wurde den Bedürfnissen dieser Familien und Jugendlichen nicht gerecht. Die erweiterte Regelung ist ein Erfolg der SPD und das Ergebnis langer und intensiver Verhandlungen mit der Union.

Entlastungen für Unternehmen

Als zweiten Schwerpunkt enthält das Gesetz zeitlich befristete Entlastungen für Unternehmen, um die negativen Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise aufzufangen. Die Freigrenze bei der Zinsschranke wird in den Jahren 2008 und 2009 von einer auf drei Millionen Euro angehoben. Dadurch kann auch weiterhin sichergestellt werden, dass der Großteil der mittelständischen Unternehmen von der Zinsschranke nicht

betroffen sein wird.

Es wird eine auf die Jahre 2008 und 2009 befristete Sanierungsklausel bei der Verlustabzugsbeschränkung für Körperschaften eingeführt. Erwirbt ein Investor eine Beteiligung mit dem Ziel der Sanierung des Unternehmens, führt dies nicht zum Wegfall der vorhandenen Verlustvorträge. Dadurch werden die steuerlichen Rahmenbedingungen für eine Sanierung von Unternehmen und den Erhalt von Arbeitsplätzen verbessert.

Dabei hat die SPD-Bundestagsfraktion dafür gesorgt, dass zum Schutz der Arbeitnehmerinteressen stringente Kriterien für die Anwendung der Sanierungsklausel gelten. Voraussetzung für die Sanierungsklausel ist insbesondere die Erhaltung von Arbeitsplätzen und die Zuführung von Betriebsvermögen.

FES-Ausstellung zur Geschichte des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften eröffnet

Vor wenigen Tagen wurde die Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) „Uneins – aber einig? Zur Geschichte des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften“ in der Emdener Volkshochschule eröffnet. In ihrer Einführung ging die Leiterin des FES-Landesbüros Niedersachsen, Petra Wilke, auf die Geschichte ein. „Trotz immer wieder aufbrechender Konflikte, ist die Basis dieses besonderen Verhältnisses vom Willen der Gemeinsamkeit geprägt“, so Wilke. Garrelt Duin und der Landesvorsitzende des DGB Niedersachsen, Hartmut Tölle sprachen über die gemeinsame Tradition der Arbeiterbewegung und der SPD ein. „Wir sind zwei Organisationen. Die Gewerkschaften kümmern sich direkt als Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben, während die SPD die politische Arbeit in den Parlamenten mache. Die notwendige Trennung des Parlamentarismus und der Gewerkschaftsorganisation haben wir aus der Geschichte



Garrelt Duin, Petra Wilke und Hartmut Tölle eröffneten die FES-Ausstellung in Emden.

Deutschlands gelernt“, so Tölle. Garrelt Duin machte deutlich, dass die SPD nicht ohne die Arbeitnehmervertretungen Mehrheiten für die Umsetzung sozialdemokratischer Politik in den Parlamenten bekommen

werde. Gleichzeitig aber auch die Gewerkschaften wissen, dass ohne die SPD ihre Forderungen nicht in praktische Politik umgesetzt werden können. Die SPD verteidigt die erreichten Errungenschaften für eine

bessere Arbeitswelt. „Wir sind zwar zwei Organisationen, aber die eine kann ohne die andere nicht.“ Die Ausstellung wird vom 23. Juni bis zum 21. Juli in der VHS Emden in der Zeit von 8 Uhr bis 21:30 Uhr gezeigt.

Experten und Computerspieler diskutierten in Buchholz

Termine



- **Samstag 27. Juni 2009**
140 Jahre SPD-Ortsverein Himmelsthür, 10.30 Uhr und Grillfest SPD-Ortsverein Loppersum, 17 Uhr
- **Sonntag, 28. Juni 2009**
70. Geburtstag von Hinni Swieter
- **29. Juni bis 3. Juli 2009**
Sitzungswoche des Deutschen Bundestags

Am Anfang der Veranstaltung „Jugendliche Amokläufer – Ursachen und Folgen“ in Buchholz am vergangenen Montag stand der Antrag der niedersächsischen SPD auf ihrem Landesparteirat, der forderte, politische Konsequenzen aus dem brutalen Amoklauf von Winnenden zu ziehen. Am Ende, nach einer dreistündigen Diskussion mit Medien- und Erziehungsfachleuten sowie mit professionellen E-Sportlern, stand die Erkenntnis, dass der Antrag besser anders gestellt werden sollte. Denn die von Kristina Stuntebeck moderierte Diskussion zeigte, dass die Ursachen für Amokläufe tief in gesellschaftliche Strukturen zu suchen sind und dass strengere Regeln bei Medieninhalten oder beim Waffenrecht zu kurz greifen. Genau wie Garrelt Duin in seiner Einführungsrede sahen auch die Experten auf dem Podium und die Zuschauer zuallererst in einer Förderung der Familie das geeignetere Mittel. Angeprangert wurde von vielen Seiten das deutsche Schulsystem. Besonders deutlich wurde Erziehungswissenschaftler und Familientherapeut Wolfgang Bergmann: „Die moderne Schulpolitik ist ein einziger Skandal.“



Garrelt Duin besucht VCS-Standort Utlandshörn



Kürzlich besuchte Garrelt Duin den Standort des Vivento-Customer-Service (VCS) in Norden-Utlandshörn. Die VCS ist ein Tochterunternehmen der Deutschen Telekom AG und betreibt ein Service-Center mit rund 300 Mitarbeitern in der Küstenstadt. Garrelt Duin machte deutlich, dass der Standort eine hohe Tradition hat. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier sind hochmotiviert und identifizieren sich mit ihrer Arbeit. Eine Weiterführung des Standortes auch über 2011 hinaus wäre die richtige Strategie der VCS. Hierfür muss alles Mögliche unternommen werden“, so Duin.

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 - 70145

Fax: 030 - 227 - 76445

garrelt.duin@bundestag.de

www.garreltduin.de